Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 42 (1948)

Heft: 9

Artikel: Weltrundschau : Todesmarsch der Kultur? ; Europahilfe - wie? ; Drohendes Deutschland ; Die französische Dauerkrise ; Englische Entscheidungen ; Der Kampf in Amerika ; Russland und Osteuropa ; Gärendes Asien ; Besinnungspause?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139123

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

in der Sowjetunion, aber sie bestehen für alle. Stalin nimmt nicht die Hautfarbe eines Volkes oder Stammes zum Vorwand, um ihm politische Rechte vorzuenthalten. Nun ist es aber gerade dieser Punkt, der, trotz aller Kritik an Rußland, die farbigen Rassen Asiens und Afrikas im Sowjetsystem etwas Besseres sehen läßt als in der angelsächsischen Demokratie.»

Es bedarf übrigens nicht der Bücher eines George Padmore, um den Farbigen begreiflich zu machen, daß bessere Lebensbedingungen für sie möglich sind. Viele von ihnen haben an der Seite europäischer Truppen gekämpft, sie haben am eigenen Leibe erfahren, was richtige Nahrung für die Gesundheit eines Menschen bedeutet. Kein Wunder darum, daß die Forderung nach besseren Lebensbedingungen, Schulen und allgemeinen Menschenrechten nicht mehr verstummen will.

Es geht hier nicht nur um das britische oder das französische oder belgische Kolonialreich, es geht auch nicht um die Frage der Kolonien überhaupt. Die Frage lautet: Wie können wir den Lebensstandard der unterprivilegierten Rassen der Welt heben? Werden wir, die «rauflustigen und blutdürstigen Stämme Europas», wie uns die Farbigen nennen, die Aufgabe in Angriff nehmen, bevor es zu spät ist?

Millicent Furrer-Proud.

Weltrundschau

Todesmarsch der Kultur? «Gottes Heilsplan und der Welt Unordnung» — das war das Zentralthema, das der nun zu Ende gehenden Weltkirchenkonferenz in Amsterdam zur Behandlung gestellt war. Und mit wieviel Recht! Denn um die Frage, wie von den Ordnungen des Gottesreiches her und mit seinen überlegenen Kräften das Weltchaos gebändigt und die Herrschaft der ewigen Wahrheit und Gerechtigkeit auf unserer Erde aufgerichtet werden könne, müßte sich ja alles Planen und Mühen der Menschen drehen, auf dem nicht von vornherein der Fluch des «Vergeblich!» liegen soll. Und wenn von der Amsterdamer Tagung überhaupt irgendeine fruchtbare Wirkung ausgehen soll, dann kann sie nur darin bestehen, daß sie das Kommen jener «Revolution Christi» beschleunigt, ohne deren Anhub die Welt verloren gehen müßte.

Wir denken dabei nicht nur an die Drohung eines neuen Krieges, die über der Menschheit hängt; wir denken ebensosehr an das, was man den «Todesmarsch der Kultur» genannt hat, an die fortschreitende Verengerung des Lebensspielraums der Menschheit und die daraus hervorgehende, immer näher rückende Gefahr einer chronischen *Welthungersnot*, wie sie denen, die sehen und hören wollten, kürzlich von Sir John Boyd Orr, dem früheren Leiter der Ernährungs- und Land-

wirtschaftsorganisation der UNO, wieder so eindrücklich-ernst deutlich gemacht wurde. Die Tatsachen sind ebenso einfach wie unheimlich. Die Erdbevölkerung hat sich in den letzten zehn Jahren um acht Prozent, nämlich um mindestens 150 Millionen Menschen, vermehrt (diejenige Europas allein trotz Krieg um 12 Millionen) und dürfte künftighin in ähnlichem Tempo weiter zunehmen. Gleichzeitig hat sich die Nahrungsmittelerzeugung der Erde um sieben Prozent vermindert und droht sich durch Raubbau, Bodenauswaschung und eine Eigentumsordnung, die in vielen Ländern eine dünne Bodenbesitzerschicht über einen tiefen Untergrund elenden Proletariertums legt — der biblischen Losung von der Erde mit allem, was darauf ist, als Eigentum des Herrn wie zum Hohn —, immer weiter zu verringern. In Nord- wie in Südamerika, in Vorderasien wie in China, in Afrika wie in Australien — überall ist *die Wüste im Vormarsch*. Aber wenn bisher zwei Drittel der Weltbevölkerung, die an ständiger Unterernährung litten, ihr Elendsdasein mit mehr oder weniger Geduld ertragen haben, so sind nun diese Völkermassen in drohende Bewegung gekommen und, meistens geführt von den Kommunisten, im Daueraufstand gegen eine «Ordnung» begriffen, die sie auf ewig zu Hunger, vorzeitigem Tod und grauer Armut verurteilen möchte und ihr Menschenrecht schamlos mit Füßen tritt.

Das sind die «größeren Wirklichkeiten», die hinter den Fassadenkämpfen um Berlin und Nanking, hinter der Landaufteilung in Süditalien, hinter der französischen Herrschaft in Indochina und hinter so vielen anderen Fragen stehen, über die sich die Völker und Regierungen jetzt ereifern. Und wäre nicht unsere Staatskunst so völlig bankerott, so könnte von einem neuen Weltkrieg unter uns überhaupt nicht die Rede sein, würde vielmehr die Aufrichtung einer *Weltplanwirtschaft* im Geiste brüderlicher Zusammenarbeit als lebenswichtige Aufgabe von unserem Geschlecht erfaßt werden. «Die Welt», so warnt Orr, «kann keinen dritten Weltkrieg haben und zugleich die sich nähernde Katastrophe abwenden. Das ganze Menschengeschlecht schliddert der Vernichtung entgegen. Die Chance ist nur 50:50, daß wir mit dem Nahrungsmittelproblem fertig werden. Die Völker sind geisteskrank . . . Nur die Abzweigung von Maschinerie für die Nahrungsmittelproduktion kann verhindern, daß in den nächsten 40 bis 50 Jahren das Chaos hereinbricht.»

Europahilfe — wie? Aber ist eine solche Wendung, die zum mindesten den *Anfang* einer gewollten Abkehr von Kapitalismus und Imperialismus samt dem ganzen ihn nährenden gottlosen Materialismus unserer Zeit in sich schließen müßte, in nützlicher Frist überhaupt zu erwarten? Was jetzt in *Europa* vor sich geht, ist nicht geeignet, uns besonders zuversichtlich zu stim-

men. Man hat uns zwar die amerikanische Europahilfe — den Marshall-Plan — als eine über dem Gegensatz der Gesellschaftssysteme stehende, sozusagen neutrale Wiederaufrichtungsaktion mundgerecht zu machen versucht, ja in ihr sogar den Ansatz zu einer sozialistisch orientierten Planwirtschaft sehen wollen. Aber nun zeigt sich eben doch (was von Anfang an hätte klar sein sollen), daß ohne die grundsätzliche Entscheidung: Kapitalismus oder Sozialismus? kein Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft auch nur versucht werden kann. Hinter der Frage, um die jetzt innerhalb der europäisch-amerikanischen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit erbittert gerungen wird, ob nämlich diese Organisation durch Mehrheitsbeschluß wirkliche Souveränitätsrechte gegenüber den 16 Empfängerstaaten solle ausüben dürfen, steht tatsächlich die andere, größere Frage: Nach welchen wirtschaftspolitischen *Grundsätzen* und mit welchem *Ziel* soll der Wiederaufbau Europas vorgenommen werden — im Sinne der Sicherung des «freien Unternehmertums» oder in der Richtung einer sozialistischen Planwirtschaft? Und hier scheiden sich nun wirklich die Geister und die Nationen.

Am folgerichtigsten ist *Italien*, von de Gasperis Washingtoner Reise und der anschließenden Ausbootung der Kommunisten aus der Regierung an über Einaudis Deflationspolitik bis zu den «amerikanisch-vatikanischen» Wahlen dieses Frühjahrs hin, den Weg zurück zur «freien Marktwirtschaft» gegangen. (Ergebnis: Drei Millionen Arbeitslose. Aber das ist Nebensache.) *Frankreich* folgt, gegen innere Widerstände zwar, aber eben doch, Schritt um Schritt nach. *Belgien* wird uns als Muster eines Staates gerühmt, der seine Wiederaufrichtung der getreuen Anwendung der «bewährten» liberalistischen Grundsätze verdanke. In *Holland* schwenken die linksbürgerlichen Gruppen, die nach der Befreiung Anschluß an die Sozialdemokratie gesucht hatten, mehr und mehr wieder nach rechts ab, bei gleichzeitiger Abwanderung aus dem kommunistischen ins sozialdemokratische Lager, so daß sich das Schwergewicht der Regierung nach den jüngsten Wahlen nach rechts verschoben hat. Und vollends in *Westdeutschland* geht der Kurs reißend schnell nach ganz rechts, zu einem reaktionären Neukapitalismus hin, der sich bewußt in das amerikanische Weltsystem eingliedert.

Einzig *England* wahrt noch eine gewisse Sonderstellung, indem es den Versuch macht, in eine grundsätzlich kapitalistische Wirtschaft sozialistische Bestandteile einzubauen und dieses gemischte System nicht nur im Kampf gegen die konservative Opposition im Innern, sondern auch gegen die Feindseligkeit einer übermächtigen Außenwelt zu behaupten. Aber wenn sich das Labourregime, dank seinen großen positiven Leistungen, in Großbritannien selbst auch halten mag: nach außen hin, in der europäischen Kontinentalpolitik, wird es sich vorerst

nicht durchsetzen [1]. Westeuropa wird nach kapitalistischen Grundsätzen «saniert» werden, und das heißt, daß es mehr und mehr, politisch wie wirtschaftlich, unter amerikanischen Einfluß gerät. Dies um so mehr, als Amerika die Europahilfe dazu benützt, um seine eigenen Interessen recht ungeniert zu wahren. Seit dem 1. April 1948 haben die Vereinigten Staaten beispielsweise fast nur Rohstoffe und Lebensmittel nach Europa geliefert, während sie für die Wiederherstellung des europäischen Produktionsapparates wenig Interesse zeigen, ja besonders die europäische Stahlindustrie durch massive Anforderung deutschen Altstahls schwer schädigen. Auch die streng eingehaltene Bedingung, daß 50 Prozent der Marshall-Plan-Lieferungen auf amerikanischen Schiffen verfrachtet werden müssen, wobei die Amerikaner zudem noch übersetzte Preise fordern, trägt nicht dazu bei, die Wiederingangsetzung des europäischen Wirtschafts- und Verkehrsapparates zu fördern.

Wenn das so weitergeht, wird Europa nie wieder auf eigene Füße zu stehen kommen. Sollte aber Westeuropas Produktionskraft bis 1952 wirklich wiederhergestellt werden, so fragt man sich, wohin dann der neu entfesselte Warenstrom abfließen kann. Amerika wird ihm wahrscheinlich versperrt bleiben, und auf dem Weltmarkt, ja in Europa selbst, wird er sich gegen die amerikanische Konkurrenz nur schwer durchzusetzen vermögen.

Kurz, wenn Europa zwischen Ost und West ein *eigenes Leben* führen und aufs neue eine selbständige Geschichtskraft werden will, so wird es sich, wie von russischer, so auch von amerikanischer Beherrschung freimachen müssen. Es hilft nichts, den Kopf in den Sand hineinzustecken und sich ein abstraktes Einheitseuropa auszudenken, ohne Rücksicht auf die harte Tatsache, daß wir jetzt mitten in dem Versuche drin stehen, Westeuropa *kapitalistisch* neu zu ordnen und es, mit Deutschland als stärkstem Glied und klarer Front gegen die Sowjetunion, zum Anhängsel des amerikanischen Imperiums zu machen. Was unter diesen Umständen von dem neuesten französischen Plan zu halten ist, sozusagen als Überbau über dem Marshall-Plan, in dessen Mittelpunkt gerade das «neue» Deutschland stehen soll, einen Westeuropabund zu schaffen, der eine Sicherung *gegen* ein ge-

[1] Sofern es das überhaupt ernstlich versucht hat! Was Bevin betrifft, so ist für seine Haltung jedenfalls die folgende Meldung der Associated Preß kennzeichnend: «Ein Labourabgeordneter regte heute an, die Flugschrift ‚Strategie und Taktik des Weltkommunismus' sollte von den Mitgliedern des Unterhauses gelesen werden, weil sie ‚eine Menge klassisch-marxistischer Stellen enthalte, die sie bilden könnten'. Außenminister Ernest Bevin erwiderte: ‚Ich wüßte nicht, daß Marx irgend jemanden gebildet hätte. Mich hat er nur verwirrt.'» — Dagegen ist freilich nicht aufzukommen. Schopenhauer, der Grobian, sagte einmal: Wenn man einem Menschen mit einem Buch auf den Kopf schlägt und es tönt hohl, so ist nicht gesagt, daß das Buch hohl sei . . .

fährlich wiedererstarkendes Deutschland bieten solle, braucht ebenfalls nicht erst gesagt zu werden. Daß alle konservativen Kräfte in Europa und Amerika diese Idee mit Freude begrüßt haben, war sicher ganz in der Ordnung.

Drohendes Deutschland Fassen wir von dem Standort aus, den wir so gewonnen haben, die Lage in den einzelnen Ländern noch etwas genauer ins Auge, so fesselt unseren Blick zunächst besonders *Deutschland*. Wie wir in unserer letzten Rundschau dartaten, verfolgten die Westmächte mit der Währungsreform vor allem die Absicht, Westdeutschland zur «Privatinitiative» zurückzuführen. Und das scheint ja auch soweit ganz gut gelingen zu wollen. Westdeutschland ist tatsächlich zum Paradies der Schieber und Spekulanten, der Hamsterer und Wucherer geworden, die — eingeschlossen eine geschäftstüchtige Bauernschaft — von der katastrophalen Güterknappheit und den unbegrenzten Möglichkeiten der «freien Preisbildung» hemmungslos profitieren. Und die Parteien der Rechten, die allen «Kollektivismus» (sofern er nicht gerade nationalmilitaristischen Zwecken dient) so gründlich verabscheuen, haben denn auch wirklich keinen Anlaß mehr, der Bildung eines westdeutschen Staates, in dem sie (und die Amerikaner) Meister sein werden, zu widerstreben; die in Bonn zusammengetretene Verfassunggebende Versammlung — da Weimar, die Goethe-Schiller-Stadt, augenblicklich nicht verfügbar ist, mußte man diesmal eben mit Beethovens Vaterstadt als Geburtsort der neuen Verfassung vorlieb nehmen — wird dem westmächtlichen Entwurf sicher keine ernsten Schwierigkeiten bereiten [1]. In der Arbeiter- und Angestelltenschaft anderseits, ja bis tief ins Bürgertum hinein, erhebt sich bedenkliches Grollen über die neue Wirtschaftspolitik. Lohnstopp bei rasch steigenden Preisen, wachsende Arbeitslosigkeit bei drückendem Mangel an Zahlungsmitteln — das ist eben auch für den gehorsamen Deutschen doch etwas zuviel des Unheils. Die erste soziale Folge der Währungsreform ist in der Tat eine erneute Proletarisierung weiter Bevölkerungskreise. Wie die Geldreform auf den bisher leidlich gut durchgekommenen Mittelstand wirkt, dafür sei hier nur *ein* Beispiel angeführt. Ein ehemaliger Industriebeamter in Süddeutschland, der jetzt als Bombenkriegsverletzter in seinem Landhaus lebt und bisher eine kleine Rente bezog, schreibt mir, diese seine Rente sei ihm mit der Inkrafttretung der neuen Währung auf die Hälfte herabgesetzt worden. Dann fährt er fort:

---

[1] Mit seinem Veto gegen diejenigen Bestimmungen des neuen hessischen Arbeitsrätegesetzes, die eine Beteiligung der Arbeitsräte an der Führung der Industrie vorsehen, hat General Clay, der amerikanische Militärgouverneur, den deutschen Parteien erneut zu verstehen gegeben, daß irgendwelche Schritte auf dem Wege zur Sozialisierung der Wirtschaft «oben» durchaus unerwünscht seien.

«Im Ausland werden ganz falsche Nachrichten über diese uns befohlene Geldvernichtung verbreitet. So sagte gestern abend Dr. Scharnagl im Sender Beromünster, daß jedermann über 10 Prozent seiner Sparguthaben verfügen könne. Nein, alles ist gesperrt bis auf 500 DM (einschließlich Kopfgeld) für eine Familie. Hätte ich nicht Mietzinsen aus meinem Haus in X., könnte ich verhungern; und das müssen jetzt viele.»

Aufs Ganze gesehen hat die Wiederherstellung der «freien Wirtschaft» in Deutschland eine gefährliche Verschärfung der Klassengegensätze und des Klassenkampfes gebracht. Die Nutznießer sind die «Radikalen» aller Färbungen, zunächst die Kommunisten, deren Aussichten auf den Winter und das Frühjahr hin täglich besser werden, dann aber namentlich auch die Rechtsextremisten, die sich in der Nationaldemokratischen Partei nach der Feststellung des Berliner Korrespondenten der «Neuen Zürcher Zeitung» «eingestandenermaßen ein Sammelbecken der früheren Anhänger Hitlers und der Ultranationalisten» geschaffen haben. Vielleicht denkt man in Frankreich gerade über diese Wirkung der westmächtlichen Deutschlandpolitik etwas nach, bevor man den Plan eines Westbundes, so wie man ihn in Paris (und um Churchill herum) versteht, weiterverfolgt.

Die französische Dauerkrise Frankreich selbst taumelt inzwischen von einer Krise in die andere. Die neueste Kabinettskrise — es soll die 32. sein seit Kriegsende — ist zwar mit den üblichen parlamentarischen Auskunftsmitteln wieder «gelöst» worden; dem von den Sozialisten gestürzten Kabinett Marie-Reynaud ist ein neues Kabinett Schuman gefolgt, in dem die Sozialdemokraten sogar das Finanz- und Wirtschaftsministerium anvertraut bekommen haben[1]. Aber von einer wirklichen Befestigung der Lage kann natürlich trotzdem keine Rede sein. Die kapitalistische Klasse, eng verbündet mit der klerikalen Reaktion, wird ihre «Sanierungspolitik» solange nicht geradlinig, und das heißt mit Aussicht auf ein wenigstens technisches Gelingen der Operation, durchzuführen vermögen, als sie auf die Heranziehung der Sozialisten zur Regierungsverantwortung nicht verzichten will, sei es, weil sie dadurch den wahren Charakter ihrer Maßnahmen verschleiern zu können hofft, sei es, weil sonst eine Parlamentsauflösung unvermeidlich würde, vor der die gemäßigte Rechte mit einigem Grund Angst hat. Eine aktionsfähige Mehrheit der Linken aber wird solange nicht zustandekommen, als die Sozialisten, trotz der schiefen Lage, in der sie sich heute befinden, jede andere Kombination und Konstellation einer Zusammenarbeit mit den

[1] Inzwischen hat es noch eine allerneueste Kabinettskrise gegeben. Die mit dem «übermäßigen» sozialistischen Einfluß unzufriedene Rechte hat die Regierung Schuman sofort wieder gestürzt, so daß der «Radikale» Queuille eine neue Kombination zusammenstellen mußte, die den Sozialisten die *Illusion* der Beteiligung an der Macht nicht nimmt und die *wirklichen* Machtstellungen doch fest in den Händen der kapitalistischen Klasse läßt. (12. Sept.)

Kommunisten vorziehen und so tatsächlich de Gaulle vor dem Volk immer mehr als einzig möglichen Retter vor dem Chaos erscheinen lassen.

Und doch kann der gegenwärtige Schwebezustand, bei dem die Bourgeoisie herrscht, aber die Sozialisten mitregieren (wie in der Weimarer Republik!), nicht auf unbestimmte Zeit hinaus andauern; die saubere Entscheidung darüber, ob Frankreich den kapitalistischen oder den sozialistischen Weg gehen will, wird einmal ja doch getroffen werden müssen. Denn die ewigen Kabinettskrisen, die unser westliches Nachbarland durchzumachen hat, sind ja doch nur äußere Anzeichen der tiefen *Regimekrise*, in der es längst steht, und die nur eine *grundsätzliche*, eine organische Lösung finden kann. Die Unbeständigkeit der französischen Regierungen und Parlamentsmehrheiten ist nur ein Ausdruck der Unhaltbarkeit der wirtschaftlich-sozialen Ordnungen selbst, auf welche die Vierte Republik gegründet worden ist. Noch sucht sich das Besitzbürgertum an der Macht zu halten, indem es die parlamentarisch-demokratischen Formen, die aus seiner «guten» Zeit stammen, aufrechterhält. Aber die Vollmachtenpolitik des Kabinetts Marie-Reynaud, die vom bürgerlichen Standpunkt aus ganz logisch gedacht war, hat ja klar genug gezeigt, daß die französische Bourgeoisie neuerdings auf dem gleichen Weg ist, den unter dem Schutze der deutschen Bajonette Pétain, Laval und ihre Gefährten bis zum Ende gegangen sind. Das tragische Versagen der Widerstandsbewegung hat dann die politische und soziale Revolution, die nach der Befreiung fällig war und so verheißungsvoll begonnen hatte, vorderhand verunmöglicht und der Gegenrevolution eine neue Chance gegeben, die sie über kurz oder lang gründlich ausnützen wird. Aber wenn das politische Regime, das sich Frankreich gegeben hat — die liberale Demokratie —, nicht auf unabsehbare Zeit der jetzt vorherrschenden Wirtschaftsverfassung — der kapitalistischen Diktatur — geopfert werden soll, dann muß eben entschlossenen Geistes umgekehrt die Wirtschaftsverfassung nach dem gleichen Grundsatz gestaltet werden, auf dem, der Form und der Theorie nach, die Staatsverfassung immer noch beruht. Und das wird bedeuten, daß sich dann die Revolution auch die ihr eigentümlichen *politischen* Organe wird schaffen müssen: demokratische Selbstverwaltungskörper, die, an Stelle eines durch und durch verderbten Parlamentarismus und Bürokratismus tretend, die Umformung des ganzen Gesellschaftsbaus planvoll durchzuführen haben werden. «Utopie vielleicht», meint Paul Fraisse im «Esprit», von diesen Aufgaben redend, «aber die Zurückdrängung der revolutionären Aussichten durch die Widersprüche, die das Einblocksystem der Kommunistischen Partei, die Verdunstung der Sozialdemokratie und die übertriebene Politisierung der Gewerkschaftstätigkeit erzeugen, verlangen eine neue aufbauende Anstrengung derer, die mehr Gerechtigkeit und mehr menschliches Leben für alle erhoffen.»

Englische Entscheidungen Das besondere Problem *Englands* angesichts der internationalen Gegenrevolution ist, wie schon oben angedeutet, kurz dieses: Wie kann das große soziale Experiment, in dessen Durchführung die Labourregierung begriffen ist, weitergetrieben und gesichert werden gegen den wachsenden Druck von innen und von außen, dem es ausgesetzt ist? Die Antwort auf diese Frage schließt ebenfalls Entscheidungen von großer Tragweite in sich. Wie Georges *Seldes*, der Redaktor des amerikanischen Wochenblattes «In Fact», von London aus schreibt:

«Der Hauptprüfstein wird die Nationalisierung der Stahlindustrie sein, und er dürfte noch vor der Gesamterneuerungswahl von 1950 gelegt werden. Wenn die Stahlsozialisierung verschoben wird, wenn es nur zu einer Gebärde kommt, die das Gesicht wahren soll, dann werden die großen Geld- und Reaktionsinteressen und besonders die weltweite reaktionäre Politik Amerikas gewonnen haben. Wenn England die Stahlindustrie bis 1950 sozialisiert, so wird das bedeuten, daß trotz den Wünschen der Vereinigten Staaten ein großer Schritt zum Sozialismus hin getan ist. Die Kritiker der Labourregierung von rechts und links sind sich darin einig, daß die Nationalisierung der Bank von England, der öffentlichen Dienste, der Eisenbahnen und anderen Verkehrsmittel, ja sogar der Bergwerke nicht entscheidend oder bedeutsam war. Es handelte sich hier um bankerotte oder ungeordnete Wirtschaftszweige, und außerdem bezahlte der Staat zuviel dafür; die Sache war weder ein gutes Geschäft noch ein Beweis von Mut. Aber die Stahlindustrie gehört zum Großbankensystem, genau wie in den Vereinigten Staaten auch; sie hängt mit der großkapitalistischen Wirtschaft überhaupt zusammen, mit der Idee des freien Unternehmertums und des ungezügelten Kapitalismus und wird darum der Prüfstein für das ganze Programm der Labourregierung sein.» Wobei nicht vergessen werden dürfe, daß, auch wenn die Stahlindustrie sozialisiert sei, noch 80 Prozent der britischen Industrieunternehmungen mit 16 Millionen Arbeitern dem kapitalistischen Regime unterstünden.

Das ist die eine Seite des britischen Gegenwartsproblems. Die andere Seite wird von Seldes, in Übereinstimmung mit dem, was wir an dieser Stelle schon wiederholt gesagt haben, so gekennzeichnet:

«Die Kritiker innerhalb der regierenden Partei greifen diese an, weil sie zu langsam vorgehe ... Die außerhalb der Partei stehenden Kritiker haben etwas Ernsteres vorzubringen: Sie sehen, wie die Gruppe Attlee-Bevin-Morrison die Labourbewegung auf internationalem Boden ins Lager der Vereinigten Staaten führt, und sie behaupten, es sei für eine Regierung unmöglich, in der Außenpolitik nach rechts und in der Innenpolitik nach links zu steuern — das Staatsschiff werde zerschellen oder sich wahrscheinlicher nach der mächtigeren Seite hin kehren. Die beiden politischen Haltungen sind sich diametral entgegengesetzt; eine Krisis muß kommen. Wenn die Nation in der Weltpolitik nach rechts geht, so fürchten sie, das Linksprogramm in der Innenpolitik werde schließlich zusammenbrechen. Das, und nicht das gegenwärtige Reformprogramm zur Abschaffung der Armut, ist die Zukunftsfrage Englands.»

Der Kampf in Amerika Die eigentliche Entscheidung in dem weltweiten Ringen um Frieden und Freiheit wird aber voraussichtlich in Amerika fallen. Hier sind die gewaltigsten Kräfte des reaktionären Spätkapitalismus zusammengeballt;

hier werden darum auch die — vorerst freilich noch viel zu schwachen und schlecht organisierten — Gegenkräfte sieghaft durchbrechen müssen. Eine Genugtuung, daß sich schon jetzt die Fronten immer klarer abzeichnen und die Masken mehr und mehr fallen! Lassen wir dazu Kenneth *Leslie* sprechen, den leitenden Mann des Neuyorker «Protestant», der in der Juni/Juli-Nummer dieser tapferen Zeitschrift feststellt:

«Forrestal, Dulles und Lovett sind eine neue Reihe von Namen am Schaufenster eines sehr alten Geschäftes. Man kann heute auch den Namen Krupp hinzufügen und ihn jetzt sogar an die Spitze stellen; das wird uns später Zeit ersparen. Das Geschäft besteht darin, weite Landstriche und Volksmassen zu beherrschen, sie auszubeuten und in Unterwerfung zu halten... Eine der meistaufgeblähten, zum Platzen reifen Seifenblasen dieser Amateurimperialisten ist *Dulles* selbst und seine ‚Operation X', eine Gegenspionage-Schmierenoper, arrangiert für die Bühne des kalten Krieges, die unser Außenminister in Europa hergerichtet hat[1]. Dulles, der unentwegte ‚Christ', möchte ‚den Feind' mit kunstgerechten Schlägen — mit lauter Verkündigung der vier Freiheiten — zuhanden des sichtbaren Publikums und mit unzulässigen Hieben — Bestechung, Anschicksmännern, Herausforderung usw. — zuhanden des unsichtbaren Publikums bekämpfen. Die Methode ist zum Teil schon in Italien erprobt worden, wo der Vatikan, die Nährmutter dieser Methoden, eine schätzenswerte Hilfe war. Der ‚Boston Herald' erzählte, wie ‚hochgestellte Männer beider politischen Parteien und der Kirche auf die Idee kamen, das Geld der amerikanischen Steuerzahler zur Bestechung der italienischen Wählerschaft zu verwenden'. ‚Die Geldaufwendung in ganz Italien zur Beeinflußung der Stimmabgabe stellt diejenige Betätigungsart dar, mit der Dulles seine Geheimagenten in Friedenszeiten betrauen möchte', meint der ‚Herald' und beschreibt dann den Plan für die Aussendung eines Korps amerikanischer Überseeagenten. ‚Einige davon sollen offen auftreten und die demokratische Lehre durch Presse, Radio, Kino und vom Vortragspult aus predigen. Andere sollen insgeheim Gelder verteilen, antikommunistische Gewerkschaften und Vereinigungen gründen, unterirdische Spionage in den besetzten Ländern treiben, Widerstandsbewegungen in ganz Osteuropa aufziehen und ganz allgemein das schwelende Feuer der antikommunistischen Stimmung überall in der Welt wachhalten.' Die ‚Operation X' ist nicht nur abgründig dumm. Sie ist antichristlich und verbrecherisch. Der Rat des (amerikanischen) Kirchenbundes wird sicher gezwungen sein, einen solch machiavellistischen Führer abzuschütteln.»

Da hat sich Leslie allerdings geirrt. Dulles wird nicht nur der erste Außenminister einer kommenden republikanischen Regierung sein; er durfte auch in Amsterdam als Herold einer «christlichen Politik» auftreten, deren letzte und unausweichliche Konsequenz nichts anderes als die Atombombe gegen Rußland sein kann[2]. Gleichzeitig bekämpfen Dulles und seinesgleichen mit allen Mitteln einen Mann wie Henry *Wallace*, der *in Wahrheit* einer der großen Bürgen für die Zukunft des

---

[1] Es ist auf den Plan angespielt, den Kommunismus durch eine die ganze Welt umfassende amerikanische Monsterpropaganda zu bekämpfen.

[2] Wie bedenklich weit dieses «Atombombenchristentum» um sich gegriffen hat, dafür hier nur zwei weitere Belege. Nach einem Vortrag, den der Schreibende letzten Winter in einer großen Schweizerstadt gehalten hat, meinte in der Diskussion ein sonst sehr aufbauend und lebendig wirkender religiös-sozialer Pfarrer, vielleicht sei die Atombombe eben doch ein Werkzeug Gottes, um die Sowjetunion zu züchtigen. Anderseits sucht in «Crockfords Clerical Directory», dem kirchlichen Adreßbuch für

Christentums in Amerika ist, und in dem wir einen der machtvollsten Verkündiger der religiös-sozialen Botschaft in unserer Zeit sehen. Was schadet es, daß er jetzt als «Werkzeug Moskaus» durch den Schmutz geschleift und mit Tomaten und faulen Eiern beworfen, wenn nicht an Leib und Leben bedroht wird? «Ich gehe nicht einig mit den Kommunisten», darf er mit gutem Gewissen schreiben. «Ich glaube zum Beispiel, daß die Lehre von der Bruderschaft der Menschen, der Vaterschaft Gottes und der Heiligkeit der menschlichen Einzelseele das Wesen der Demokratie und des neuzeitlichen Fortschrittsglaubens ist. Die Religion ist eine große Kraft, auch wenn böse oder irregeleitete Menschen diese Kraft immer wieder gegen die Menschheit verwendet haben. Ich glaube, daß die Lehre von der menschlichen Bruderschaft den Begriff einer Weltbürgerschaft, die schließlich kommen wird, rechtfertigt, und daß sich die vielerlei Arbeiter der Welt zuletzt als Einheit betrachten werden, ohne Rücksicht auf die Nationalität.»

Diesem Geist wird der Endsieg in Amerika beschieden sein, einerlei wieviele Niederlagen seine Träger in den politischen Tageskämpfen auch noch erleiden mögen.

Rußland und Osteuropa Kehren wir aber noch einmal nach Europa zurück und wenden wir uns besonders der Lage im Osten zu. Die Entwicklung ist hier in der Berichtszeit ausgesprochen durch das Streben der *Sowjetunion* gekennzeichnet, ihre Vormachtstellung zu befestigen und die Durchorganisierung des osteuropäischen Raumes nach kommunistischen Grundsätzen sicherzustellen. Das gilt nicht nur von *Berlin*, um das — es wird darüber noch ein Wort zu sagen sein — seit Monaten so zäh und verbissen gekämpft wird. Es gilt auch von *Finnland*, wo die Kommunistische Partei ihren Einflußbereich mit offenbarer russischer Unterstützung neuerdings zu erweitern sucht, um ihren Wahlrückschlag wettzumachen; es gilt von *Polen*, der *Tschechoslowakei* und *Bulgarien*, deren Innen- und Außenpolitik mit der russischen mehr und mehr in Gleichtakt gebracht wird, nicht weniger als von *Ungarn*, dessen Landwirtschaft nach Sowjetmuster radikal sozialisiert werden soll, und von *Rumänien*, über das eine Zeitlang sogar Gerüchte von einer baldigen Vereinigung mit der Sowjetunion herumgeboten wurden. Man sah die russische «Vorortpolitik» am Werk bei der Belgrader *Donaukonferenz*,

---

England, ein, wie es heißt, hoher kirchlicher Würdenträger die Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki mit der (übrigens falschen) Behauptung zu rechtfertigen, die Atombomben hätten eben abgeworfen werden *müssen*, weil die Japaner gedroht hätten, die in ihren Händen befindlichen Kriegsgefangenen zu ermorden. «Das Dilemma war vielleicht das furchtbarste, vor das sich Christenmenschen jemals gestellt sahen. Die Entscheidung wurde getroffen, und das Ergebnis erwies sich als erfolgreich.» Das «erfolgreiche Ergebnis» war bekanntlich die Hinschlachtung von 120 000 Männern, Frauen und Kindern.

die völlig von der Sowjetabordnung beherrscht war und — vorerst wenigstens — zum Ausschluß der Westmächte von der Regelung der Donauschiffahrt führte. Und man erkennt sie besonders deutlich hinter dem planmäßig organisierten Kampf Moskaus gegen *Tito* und das von ihm geführte *Jugoslawien*, der Osteuropa und die Kommunistischen Parteien dauernd in Atem hält [1].

Die Hintergründe dieses Kampfes sind inzwischen etwas klarer geworden, als es bei seiner überraschenden Eröffnung Ende Juni der Fall war. Dabei zeigt sich, daß namentlich auf innerpolitischem Gebiete die Sache Titos tatsächlich schwächer ist, als man zuerst anzunehmen geneigt war. Wie ein auf unmittelbare Sach- und Personenkenntnis gestützter Bericht von Doreen Warriner im «New Statesman», der mit anderen Zeugnissen übereinstimmt, recht einleuchtend darlegt, vollzieht sich nämlich die Umgestaltung der jugoslawischen Wirtschaft in der Richtung auf eine sozialistische Gesamtordnung hin viel zu gefühlsmäßig und stegreifartig, ohne gediegene Planungsgrundlagen und mit einer ungeheuren Verschwendung von Arbeit und Kapital. Gleichzeitig werden die Bauern, besonders die größeren, durch eine grobe Boden- und Preispolitik auf Kosten der Arbeiter und der städtischen Verbraucher offenbar ganz ungebührlich bevorzugt, was seinerseits wieder damit zusammenhängt, daß etwa die Hälfte der Mitglieder der Kommunistischen Partei aus Bauern besteht und die Kommunistische Partei überhaupt kein wirkliches Eigenleben führt, vielmehr fast ganz in einer «Volksfront» aufgegangen ist, in der ziemlich nebelhafte Ansichten über Kapitalismus und Sozialismus durcheinander brodeln, hingegen ein üppiger Nationalismus aufgeblüht ist. Die planwirtschaftlich-sozialistische Erschließung Jugoslawiens und seine Eingliederung in einen entsprechenden übernationalen Ostraum scheint ernstlich in Frage gestellt, wenn in diesen Dingen, und das heißt wohl auch in der jugoslawischen Staatsführung, nicht eingreifende Änderungen erfolgen.

Aber nun bleibt eben doch die Tatsache bestehen, daß die innerpolitischen Fehler des Regimes Tito von Moskau demagogisch aufgebauscht und ausgebeutet werden zu dem Zweck, Jugoslawiens bedingungslose Unterwerfung unter die russische Außenpolitik zu erzwingen. Der Widerstand gegen *dieses* Unterfangen ist die große Stärke Titos und seiner Anhänger, die ihrer Sache keinen besseren Dienst leisten könnten, als wenn sie den *berechtigten* Klagepunkten der Kominform Rechnung trügen. Sonst riskieren sie nur, daß die Opposition gegen ihren Kurs, die zahlreichen Beobachtungen nach gefährlich anwachsen soll, im Bunde mit dem äußeren Druck gegen Jugoslawien

---

[1] Außerhalb der sowjetischen Einflußzone steht in Südosteuropa nur *Griechenland*, wo aber alle amerikanischen Siege die Widerstandsbewegung nicht zu zerschlagen vermögen und allein die Beseitigung der faschistischen Schreckensherrschaft dem furchtbar erschöpften Volke Frieden und wirtschaftliche Erholung bringen kann.

eines Tages zu einer Entladung führt, die schweres Unheil anrichten müßte.

Daß man in Moskau, trotz dem Tode Schdanows, des Einpeitschers der Kominform und orthodoxen stalinistischen Zionswächters, auf jeden Fall entschlossen ist, den Griff um die Satelliten nicht zu lockern und auch außerhalb Jugoslawiens keinerlei «Titoismus» aufkommen zu lassen, lehrt die schroffe Maßregelung *Gomulkas*, der bisher als starker Mann der polnischen Kommunisten galt und an der Exkommunizierung Titos teilgenommen hatte, aber dennoch «rechter Abweichungen» schuldig befunden und seiner hohen Ämter entsetzt worden ist. Gomulka hat sich zwar sofort löblich unterworfen und damit jene typisch kommunistische Gleichschaltungsbereitschaft bekundet, die unsereins nun einfach nicht versteht [1]. Aber daß mit Methoden, wie sie Moskau anwendet, um die Willens- und Richtungseinheit innerhalb des Ostblocks zu gewährleisten, auf die Länge nicht einmal in der Sowjetsphäre etwas auszurichten ist, dürfte sich gleichwohl immer deutlicher erweisen. Wir hoffen es jedenfalls.

Gärendes Asien Die Völker der gewaltigen Landmasse, die sich von der Elbe an ostwärts, quer durch Rußland und Sowjetasien hindurch, bis zum Stillen Ozean hin und von der Ostsee südwärts bis zur Adria und zum Schwarzen Meer hin erstreckt, sind unwiderruflich auf dem Wege zum Sozialismus begriffen. Noch ist es eben ein östlicher, primitiver Sozialismus, dem sie huldigen; noch sind sie von dem drückenden Panzer eines Diktatursystems umschlossen, in das sie sich zwängen ließen, um ihre neuen Lebens- und Gemeinschaftsformen gegen die Angriffe einer feindseligen Umwelt verteidigen zu können. Aber ein hohes, verheißungsvolles Ziel ist es eben doch, dem sie zustreben, und in dem Maße, wie sich die Feindseligkeit der alten Gesellschaft gegen die junge Welt des Sozialismus mildert, wird sich auch der harte Griff des Totalstaates, der sie zusammenhält, lockern.

---

[1] Man findet sie beispielsweise auch in einem Sonderheft von «Weg und Ziel», der Monatsschrift der österreichischen Kommunisten, das dem Konflikt um Tito gewidmet ist, und in dem Franz Marek jeden Zweifel an der geistigen Überlegenheit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion als *die* große, unvergebbare Sünde aller echten Revolutionäre brandmarkt. «Sind doch die Führer der russischen Kommunisten die besten, erfahrensten und erprobtesten Marxisten an der Spitze der besten, erfahrensten und erprobtesten Kommunistischen Partei ... Jede Rede Stalins, jede Erklärung Stalins klärt und erklärt, hilft uns bei der Orientierung — ebenso wie die Worte und Erkenntnisse eines großen Wissenschaftlers klärend und erklärend sind für die ganze Wissenschaft. Für wen sollen sich die revolutionären Arbeiter denn begeistern, wen sollen sie denn als den Führer des internationalen Proletariats anerkennen, wen sonst als Wegweiser des Sozialismus empfinden? Vielleicht den dekadenten Salonliteraten Léon Blum oder den farblosen Wallstreet-Kommis Major Attlee oder sonst irgendeinen Marshall-Korporal der rechten Sozialdemokratie?» Das reinste kommunistische Unfehlbarkeitsdogma!

Die Völker *West- und Südasiens*, von der Ägäis bis zum Gelben Meer, befinden sich in einem *noch* früheren Abschnitt ihrer nationalen und sozialen Entwicklung als die europäischen Ostvölker. Und die Gegenkräfte, auf die sie stoßen, sind darum auch noch unvergleichlich viel mächtiger, als sie es insbesondere innerhalb des europäischen Ostraumes sind. Man sieht sie nur zu deutlich am Werk im Vorderen Orient und namentlich in *Palästina*, wo die arabischen Feudalmächte hoffen, mit Hilfe Englands und Amerikas an der bevorstehenden Generalversammlung der Vereinten Nationen dem Staat Israel Friedensbedingungen aufzwingen zu können, die sie ihrem Ziel, den jüdischen Staat zu ersticken, trotz ihrem militärischen Mißerfolg doch nahebringen würden. Die Juden gehen darum immer offenkundiger darauf aus, mit Hilfe eines neuen kriegerischen Vorstoßes eine fertige Tatsache zu schaffen, die auch die UNO nicht mehr umstoßen könne, und, mit Jerusalem als Hauptstadt, den Staat Israel auf eine von außen her nicht mehr angreifbare, feste Grundlage zu stellen. Wie sehr die arabische Oberschicht Grund hat, die Befestigung eines sozialfortschrittlichen Judenstaates und seinen moralischen Einfluß auf ganz Vorderasien zu fürchten, geht auch aus einer Untersuchung hervor, die das Internationale Arbeitsamt vor einiger Zeit über die sozialen Verhältnisse im Orient durchgeführt hat. In dem darüber veröffentlichten Bericht liest man unter anderem:

«In Ägypten, das eine führende Rolle in den arabischen Ländern spielt, sind die Lebensbedingungen der Fellachen, die drei Viertel der Bevölkerung ausmachen, die elendesten der ganzen Welt ... In 50 Jahren ist die Zahl der Familien, die noch nicht einmal das Existenzminimum besitzen, von 611 074 auf 2 392 515 angestiegen. Am anderen Ende der sozialen Stufenleiter steht gleichzeitig eine kleine Großgrundbesitzerschicht, der 40 Prozent allen nutzbaren ägyptischen Bodens gehören, die selbst aber nur ein halbes Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht ... Der Lebensstandard der irakischen Bevölkerung ist viel mehr demjenigen der ägyptischen Fellachen angenähert als demjenigen der in Palästina lebenden Araber. Die Wirkung dieses Lebensstandards des irakischen Fellachen ist derart, daß der irakische Wirtschaftswissenschafter Haskin Joward die mittlere Lebensdauer der irakischen Bevölkerung auf 26 bis 27 Jahre beziffert (60 Jahre in Amerika und England, 65 Jahre in der Schweiz.)»

Viel besser ist die Lage der breiten Volksmassen auch in *Indien* nicht. Und zwar nicht nur in dem feudal-reaktionären Pakistan, sondern großenteils auch in Hindostan, dessen Regierung nach unverdächtigen Zeugnissen mehr und mehr unter den Einfluß des Finanz- und Industriekapitals gerät und eine kurzsichtige Scharfmacherpolitik gegen links betreibt, bei gleichzeitiger großer Duldsamkeit gegenüber den Rechtsextremisten, aus deren Reihen der Mörder Gandhis hervorgegangen ist. Wohin das führen kann, deutet ein britischer Kenner Indiens in einem Brief an den «New Statesman» an, in dem es heißt:

«Ich und andere sind mehr und mehr durch die Ähnlichkeit zwischen dem heutigen Indien und dem vorrevolutionären Rußland betroffen, wie man von diesem

bei den großen russischen Romanschriftstellern liest. Wir haben hier die gleiche allgemeine Atmosphäre von vergeblicher Lebensmühsal, das gleiche endlose Gerede, das gleiche anrüchige Profitmachertum, die gleiche ewige Bürokratie, die gleiche Lage des kleinen Mannes, der um eine sichere Anstellung bei irgendeiner Behörde kämpft. Und wir haben auch die gleiche Kommunistische Partei, die trotz Verboten und Unterdrückung zweifellos an Stärke gewinnt. Die Regierungsunterstützung für den von den Unternehmern begönnerten und von der Kongreßpartei organisierten Nationalindischen Gewerkschaftsverband, der im Gegensatz zu dem in kommunistischem Sinne geleiteten Allindischen Gewerkschaftsbund steht, hat zwar Erbitterung und Zynismus erzeugt, ist aber ohne Einfluß auf die Mitgliedschaft des Allindischen Gewerkschaftsbundes, der die einzige wirkliche Arbeiterbewegung im Land ist.»

Hinter den Problemen, die sich drohend *hier* erheben, treten Indiens Konflikte mit Pakistan (wegen Kaschmir, das trotz seiner mohammedanischen Mehrheit politisch stark zu Indien neigt) und mit Haiderabad (dessen mohammedanischer Fürst nichts von einem Anschluß seines hinduistischen Volkes an Indien wissen will) weit zurück, auch wenn sie die beiden Dominien bereits bis an den Rand des Krieges geführt haben. Die Vereinigten Nationen werden sich an ihrer Pariser Tagung übrigens auch mit diesen Konflikten zu befassen haben.

In *Burma* ist die sozialistische Regierung Thakin Nu den Kommunisten weit entgegengekommen, muß sich aber gleichwohl immer noch gegen den Versuch eines bewaffneten Umsturzes wehren, der unter kommunistischer Führung seit Wochen im Gang ist. Den Hintergrund dazu bildet eben die Zusammenarbeit der Regierung mit den britischen Kapitalgesellschaften, deren Hauptinteressen in der Zinn-, Zink- und Gummiindustrie liegen, und die gewaltsame Unterdrückung einer Reihe von Streikbewegungen und Bauernkundgebungen durch Polizei und Militär.

Noch ausgeprägter ist die Herrschaft des ausländischen Kapitals — es betätigt sich vornehmlich in Gummiplantagen, Bergwerken, Bank- und Versicherungsgesellschaften sowie in großen Handelsunternehmungen — in *British Malaya*, wo die Regierung alle Hände voll zu tun hat, um die weißen Geschäftsleute und ihre Familien gegen die Angriffe der vom Dschungel aus operierenden Banden zu schützen. Mit militärischen Aktionen gegen die «roten Terroristen» wird aber Großbritannien hier zuletzt so wenig ausrichten wie Frankreich in *Indochina*, wo der Kleinkrieg der Anhänger Ho Chi Minhs erfolgreich weitergeht, und Holland in *Indonesien*, das jetzt auf dem Weg über die Vereinten Nationen zu einer «unabhängigen» Scheinföderation zusammengefaßt werden soll, die tatsächlich nur eine neue Form für die Aufrechterhaltung des alten holländischen Kolonialkapitalismus wäre. Nur eine gründliche wirtschaftliche Umwälzung in der Richtung auf mehr Menschlichkeit, mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit wird den asiatischen Riesenkontinent zur Ruhe kommen lassen und verhindern, daß sich die notwendige gesellschaftliche Revolution in den Formen einer kommunistischen Diktatur vollzieht.

Besinnungspause? Und das ist immer wieder unser letztes Wort gegenüber dem banalen Antikommunismus, der jetzt die große Mode in Westeuropa und Amerika ist. Diese Geistesverfassung ist ja an und für sich durchaus keine neue Erscheinung. Sehr zeitgemäß erinnert Serge *Radine* in der «Suisse Contemporaine» an die Reaktionsperiode, die vor hundert Jahren in Frankreich (und anderwärts) dem Verzweiflungsausbruch verelendender Arbeiter folgte, den man die Revolution von 1848 zu nennen pflegt. Vergessen war die Bereitschaft zu sozialer und politischer Erneuerung, die das Bürgertum vorher so großsprecherisch an den Tag gelegt hatte; verflogen die Fortschrittsbegeisterung, welche die oberen Klassen, ja sogar die römische Kirche, eine Zeitlang erfaßt zu haben schien. «Jetzt verwirft man mit Abscheu auch die schüchternsten Reformen, und so kann denn insbesondere die ‚Revue des Deux Mondes' bei der Besprechung einer Vorlage über den Rückkauf der Eisenbahnen durch den Staat ausrufen: ‚Wir wollen hier mit der ganzen Glut einer redlichen Seele und eines überzeugten Geistes gegen diese ungeheuerliche Lehre protestieren, die aus dem Kommunismus stammt und einen eigentlichen Anschlag auf das Eigentum darstellt.'»

Der gleiche gegenrevolutionäre Geist, nur entsprechend gehässiger, leidenschaftlicher, «großzügiger» auftretend, ist in der Gegenwart am Werk, um die im Gang befindliche soziale Umwälzung zu ersticken. «Wir sehen», so schreibt Radine, «Frankreich die gleiche Rolle spielen und die gleichen Helfershelfer finden wie einstens Mussolini. Die Daladier, Reynaud und Flandin sind wieder regierungsfähig geworden, wo man doch diese Namen noch vor ein paar Jahren nicht einmal mehr zu nennen wagte. Gleichzeitig kennen dieselben Kreise, ganz wie vor dem Krieg, nur mehr einen einzigen und alleinigen Feind: den Kommunismus. Denn die Angriffe, die man auf dieser Seite noch auf den Faschismus richtet, sind ja kaum mehr etwas anderes als stilistische Floskeln. Wie letzthin in der ‚Weltwoche' Herr von Schuhmacher schrieb: Die Feinde unserer Feinde sind unsere Freunde, und in dem unausweichlichen Kampf gegen den Kommunismus sind das nur unvollständig entnazifizierte Deutschland und das Spanien Francos wertvolle Bundesgenossen, deren man sich nicht ungestraft berauben kann.»

Ob sich dieses ganze gegenrevolutionäre Klima in absehbarer Zeit grundlegend ändert? Wir müssen zufrieden sein, wenn der «unausweichliche Kampf gegen den Kommunismus», so wie Herr von Schumacher ihn versteht, nicht in einer kriegerischen Explosion endigt. Und die Tatsache, daß, während ich diese Rundschau abschließe, in *Berlin* die Aufhebung der russischen Sperre und die Einführung der Ostmark auch im Westabschnitt der ehemaligen deutschen Hauptstadt vorbereitet wird, nachdem anscheinend in Moskau eine grundsätzliche Verständigung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion über diese dringlichsten Fragen erreicht worden ist, läßt ja wirklich allenthalben

neue Hoffnungen wach werden[1]. Auch wenn man sich keinerlei Illusionen über den Geist macht, der jetzt hüben und drüben waltet, so sieht man doch die Möglichkeit vor sich, daß die Kampfpause im kalten Krieg, die sich ankündigt, eine *Selbstbesinnung* der Völker auslöst, die ihrerseits eine entscheidende Rückbildung der Kriegsvorbereitungen erlaubte. Aber wie dem auch sei: die dauerhafte Befriedung der Völkerwelt erwarten wir — und damit sei zu dem Punkte zurückgeleitet, von dem diese ganze Betrachtung ausgegangen ist — eben doch immer nur von einem machtvollen Einströmen der Kräfte der oberen Welt in unsere zeitlichen Ordnungen, das sich menschlichem Machen und menschlicher Berechnung entzieht, aber gerade darum nur um so überraschender und unwiderstehlicher kommt, wenn die Zeit dafür erfüllt ist.

6. September. *Hugo Kramer.*

Schweizerische Rundschau

Jubilierstimmung Der schweizerische Festesommer war heuer großenteils dem Jubiläum der Bundesverfassung von 1848 gewidmet. Es sei nichts gegen diese Gedenkfeiern an und für sich gesagt; die Schaffung des Bundesstaates *war* eine große Tat zu ihrer Zeit, daran lassen auch wir nicht rütteln. Und der Segen, der von ihr ausging, wirkt spürbar bis in unsere Tage hinein weiter. Aber die offiziellen Feiern, die wir über uns haben ergehen lassen müssen, trugen doch zumeist einen derart ausgesprochen beharrenden und rückwärtsgerichte-

[1] Seitdem dies geschrieben wurde, hat sich freilich die Aussicht auf einen anständigen Modus vivendi neuerdings verdüstert, offenkundig infolge der russisch inspirierten Pöbeleien in Berlin. Aber ich muß schon sagen: es fiele mir wesentlich leichter, in die westlichen Empörungskundgebungen gegen die Russen einzustimmen, stünde dahinter nicht gar so viel ärgerliche Tendenzmache. Über die Schandtaten der Russen und Kommunisten in Berlin liest man täglich spaltenlange, sensationelle Berichte; die ungleich abscheulicheren Taten beispielsweise der griechischen Regierung aber, die unter den Augen der Briten und Amerikaner sozusagen täglich Dutzende von Oppositionellen (die keineswegs alles Kommunisten und erst recht nicht alles gemeine Verbrecher sind) massakrieren läßt, werden von unseren Zeitungen meistens mit drei bis fünf Linien kühl abgetan. Und was hat man in unserer Presse von der furchtbaren Unterdrückung des Aufstandes der ausgebeuteten Eingeborenen von Madagaskar gegen die französische Herrschaft gelesen, jener Sklavenrevolte, der kaum hundert Franzosen zum Opfer gefallen sind, die aber mit der Niedermetzelung von allermindestens 10 000 Eingeborenen «gesühnt» wurde? Der Prozeß deswegen ist gerade jetzt im Gang, ohne daß in unserer Presse über seinen Hintergrund Wesentliches zu lesen wäre, in derselben Presse, die kommentarlos berichtet, wie die französischen Offiziere in Berlin die Russen anklagen, sie benähmen sich in einer Art und Weise, die «einer zivilisierten Nation unwürdig» sei! Wahrlich, wenn einmal das Wort vom Splitter und vom Balken zutrifft, so hier. Und ich werde meinerseits nicht aufhören, meine Stimme gegen eine Beurteilungsweise zu erheben, die Recht und Unrecht so herausfordernd einseitig verteilt und mit dieser, ach so furchtbar billigen Kommunisten- und Russenhetze eine Weltatmosphäre schaffen hilft, deren Weiterentwicklung man nur mit größter Sorge verfolgen kann. (12. Sept.)